

(Abgeordneter Krause [Chemnitz].)

- (A) Gesetzgebung, bei jedem kleinsten Fortschritte, bei jeder Lohnforderung, die gestellt wurde, da wurde an den Fingern der Hand nachgezählt, wie lange es noch dauert, bis die Industrie zugrunde geht; die Industrieunternehmungen könnten das nicht mehr tragen.

Sie waren aber gar nicht so ablehnend, wenn es sich um Feiertage für Ihre Interessen gehandelt hat. Ich verweise auf die Sedanfeier, wo Sie die Arbeiter hinausschickten aus den Fabriken, nach Jahren gelang es den Gewerkschaften, den Herren zu sagen: wenn ihr die Leute hinausschickt, müßt ihr die Zeit bezahlen. Früher haben sie sie einfach hinausgeschickt, ohne einen Pfennig zu gewähren.

Bei dem Besuche eines Monarchen sind Sie nicht zurückgeschreckt und haben die Straßen abgesperrt, so daß der Verkehr stundenlang stockte. Da gingen die Geschäfte nicht zugrunde. Wenn jetzt aber mehr Ruhezeit verlangt wird, dann ist das Geschäft ruiniert. Da wird darauf hingewiesen, daß wegen der Sonntagsruhe die Geschäfte nicht mehr existieren könnten, wie Herr Kollege Hartmann ausführte. Es wurde ausdrücklich ausgeführt, wie sehr gerade die kleinen und Mittelsstädte davon abhängig seien, daß sie am Sonntage die Geschäfte offen halten. Das ist eine überlebte Sache, die nicht mehr in Betracht kommen kann.

- (B) Wenn aber erklärt wird: die Arbeiterschaft habe 16 Stunden Zeit für die Erholung, so ist dies von dem Gesichtspunkte aus herangezogen, daß jemand neben der Fabrik keine Wohnung hat. Von der Tatsache aus, wie und wo heute die Arbeiterschaft wohnt, konnte dieses nicht kommen, denn da müßte man wissen, daß Stunden von dieser Ruhezeit verloren gehen, ehe die Arbeiterschaft ihre Wohnungen erreicht, und gerade bei den außerordentlich ungünstigen Bahnverbindungen, die wir jetzt haben, kommt es vor, daß der Arbeiter nicht einmal die acht Stunden zu Hause ist. Ich möchte auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß wir durch diesen unseligen Krieg eine große Masse Leidender haben, solcher, die eventuell nicht draußen im Felde waren, die durch die Ernährung und die übermäßige Anstrengung während der Kriegszeit krank geworden sind. Aber auch diejenigen, die aus dem Felde zurückgekehrt sind — darunter ungefähr 3 Millionen, die teilweise erwerbsunfähig geworden sind —, stehen auf dem Standpunkte, daß für die Arbeitszeitverkürzung und Einlegung von Feiertagen Sorge getragen wird. Ich möchte hinweisen auf die Reformation, die angezogen wurde, und will da nur erklären, daß die Reformation Ihnen ja einen ganzen Teil Feiertage abgenommen hat, wo Sie in die Lage gekommen sind, die Arbeitskraft Ihrer Arbeiter auszunutzen. In katholischen Gegenden, auch in

nichtkatholischen Gegenden in Süddeutschland haben wir viel mehr Feiertage als in Sachsen, obwohl wir zwei Feiertage mehr haben als in Preußen. Die Konkurrenz dieser Bezirke wird uns immer entgegengehalten, wenn es irgendwo heißt, Lohnforderungen abzulehnen. Also der Standpunkt, daß die Industrie daran zugrunde geht oder daß die Industrie durch Einführung dieser Feiertage Schaden leidet, ist nicht richtig.

Wenn man die Tage ausrechnet, die verloren gehen — es werden 40 Millionen Arbeitsstunden als durch diese zwei Feiertage verloren bezeichnet —, so beweisen Sie damit nur, wie sehr Ihnen jede Arbeitsstunde willkommen ist, aus der Sie einen Vorteil für sich herausziehen können.

(Zuruf bei den Demokraten: Für die Allgemeinheit!)

Die Arbeiterschaft ist vor mehreren Jahren befragt worden, wie sie sich zu der Abschaffung des Johneujahrestages und zur Abschaffung des Reformationsfestes stellt, deren Abschaffung ja durch Mehrheitsbeschluß hier festgestellt worden war. Da haben die Vertreter der Arbeiter bei den Gewerbeberichten erklärt: Wenn wir diese zwei Tage mehr arbeiten, haben wir am Jahreschlusse nicht einen Pfennig mehr. Und so ist es auch mit den weiteren Feiertagen am 1. Mai und am 9. November. Ich glaube auch, daß sie heute noch den Standpunkt einnimmt, die Feiertage, die heute der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, beizubehalten, weil doch ein höheres Einkommen in der Richtung in Frage gestellt ist, sobald das Jahr zu Ende gegangen ist.

Angeführt wurde dann auch der große Vorteil, den die Arbeiterschaft durch die hohen Löhne erreicht hat. Ja, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob die Herren, die das ausgeführt haben, Berechnungen angestellt haben. Wenn früher ein Arbeiter vielleicht den dritten Teil von dem verdiente, was er jetzt verdient — und das wird so ungefähr stimmen — und Sie betrachten, wieviel mehrfach die Ausgaben höher sind, so können Sie in Wirklichkeit nicht von hohen Löhnen sprechen. Und dann will ich darauf hinweisen, daß nicht die hohen Löhne den hohen Preisen der Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse voraufgegangen sind, sondern voraufging mit Ausbruch des Krieges die Steigerung der Bedürfnisse sofort. Erst dann, als die Steigerung der Lebensmittel und aller sonstigen Bedarfsartikel immer höher wurde, haben sich nach langen Monaten die Arbeiter bedacht, daß sie sich die Kürzung ihres Lohnes nicht mehr gefallen lassen können, die bei Kriegsausbruch eintrat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)